Nr. 570 Abend-Ausgabe
B 282

Berlin

Mittwoch, 2. Dezember 1925
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. im Ausw. d. Handelsteil: i. V. Dr. Graf Montgelas. Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückgesandt, wenn Porto beil.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fern-sprech Zentral-Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 3687 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 6600.

Zuerst Abrüstung!

Briands scharfes Tempo

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 2. Dezember

Aus gut unterrichteten hiesigen Völkerbundskreisen verlautet, daß sich bei einer Besprechung zwischen Chamberlain und Briand herausgestellt hat, daß der von französischer Seite demnächst in Genf vorzulegende allgemeine Abrüstungsplan für alle Streitkräfte, Marine, Heer und Luftflotte, viel weiter geht als die Richtlinien, die der englische Landesverteidigungsrat für Lord Robert Cecil, der England in Genf in Abrüstungsfragen vertreten wird, ausgearbeitet hatte.

Unter dem Eindruck der echten deutschen Friedenserklärungen konnte Briand hier nicht nur mit um so größerer sachlicher Berechtigung an seinen Richtlinien festhalten, sondern er hat anscheinend auch Chamberlain und Churchill davon zu überzeugen vermocht, daß die Höhe der Jahreszahlungen, die Frankreich auf seine Schuld an England leisten könne, in unverbrüchlicher Relativität stehe, zu dem Tempo der sich vollziehenden Abrüstung. Chamberlain und Churchill haben daraufhin zugesagt, daß Lord Robert Cecil zwar bei Beginn der Verhandlungen der Abrüstungskommission sich im wesentlichen an die ihm bereits überwiesenen Richtlinien halten werden, im weiteren Verlauf der Genfer Verhandlungen würden aber, wenn möglich, Chamberlain selbst, sonst Cecil, entgegenkommende Erklärungen abgeben, die in der Praxis auf eine Angleichung des englischen Abrüstungstempos an das von Briand geforderte scharfe Tempo hinauslaufen.

Die große Bedeutung der nun in London nach jahrelangen Bemühungen endlich erzielten englisch-französischen Uebereinstimmung in der Abrüstungsfrage besteht einmal in der von diplomatischer Seite richtig betonten Lösbarmachung des russischen Problems und der endgültigen Regelung der interalliierten Schuldenfrage als Vorstufe einer dauerhaften Sanierung der französischen Währung. Frankreich und England vertreten zurzeit die Auffassung, daß ein haltbarer politischer Ausgleich mit Rußland in erster Linie bedingt wird durch die Möglichkeit, dem kommunistischen Militärstaat eine wirklich partitätische gerechte und einleuchtende Abrüstungsformel vorlegen zu können. Wirken russische Vertreter in Genf oder anderwärts an der Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes mit, so ist damit zwanglos und ohne Opfer des russischen oder westeuropäischen Prestiges die Basis geschaffen, um auch zwecks Lösung anderer Fragen eine ständige Fühlungnahme zwischen russischen und westeuropäischen Diplomaten herbeizuführen.

Sondertagung des Völkerbundes

Für Deutschlands Eintritt

M. R. **London**, 2. Dezember

Die Anmeldung Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund wird der im März in Madrid stattgehabten Völkerbundtagung vorliegen. Kurz darauf wird eine Sondertagung des Völkerbundes stattfinden, in der der tatsächliche Eintritt Deutschlands vollzogen wird. Die Anmeldung des Völkerbundeintritts zur Dezembertagung war schon wegen der deutschen Regierungskrise unmöglich, da der Antrag erst vom neuen Kabinett gestellt werden kann.

Die Vorlage einer eindrucksvollen und wirksamen Abrüstungsformel bildet gerade nach Ansicht derjenigen Politiker in London und Paris, die einen praktischen diplomatischen Ausgleich mit dem heutigen Rußland für unvermeidlich halten, den einzig zuverlässigen Prüfstein, ob sich diese Absicht in naher Zukunft bereits verwirklichen läßt, das heißt, ob innerhalb der russischen Regierung die Realpolitiker oder die Dogmatiker der „Weltrevolution" die Vorhand haben.

Rußland hat, so wird betont, wiederholt durch seine verantwortlichen Regierungschef erklärt, daß es unbeschadet seiner Stellung zum Völkerbund jedem wirklich allgemein und ernst zu nehmenden Abrüstungsplan beizutreten gewillt sei. Bevor man mit Rußland über Finanzen, Wirtschaft und Konzessionen verhandelt, scheint man es jetzt in derjenigen Frage, in der eine theoretische Uebereinstimmung zwischen den Westmächten und Rußland bestand, nämlich bezüglich der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung, vor eine Entscheidung stellen zu wollen.

Frankreichs Locarnokabinett

Von

Dr. Wilhelm Feldmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, Ende November

Ein Pariser Blatt hat das neue Kabinett als das „ministère de Locarno" begrüßt. Keine der widersprechenden Charakterisierungen des Kabinetts Briand, die gestern und heute in den hiesigen Zeitungen erschienen sind, trifft derartig zu wie diese Bezeichnung. Es war seit Painlevés Rücktritt ausgemacht, daß Briand, der „Mann von Locarno", auf jeden Fall dem neuen Kabinett angehören müsse, weil seine Außenpolitik von allen Parteien — mit einziger Ausnahme unmaßgeblicher Extremisten — gutgeheißen wird, und daß Frankreich spätestens Ende November irgendein Kabinett haben müsse, in dessen Auftrag Briand zur Unterzeichnung der Locarnoverträge nach London reisen kann.

Unter diesen Umständen erscheint es durchaus logisch, daß nach dem Versagen aller anderen Versuche Briand selbst die Aufgabe übernehmen mußte, für das Vorhandensein eines Kabinetts an dem denkwürdigen Termin des ersten Dezember zu sorgen. Briand hat die Erfüllung dieser schweren Aufgabe als überaus lästige Pflicht empfunden. Alle, die ihm während der letzten Kabinettsbildung nahgekommen sind, waren betroffen von seinem mürrischen Ernst, von seiner unverhohlenen Verdrossenheit. Diese Unlust kann bei Briand nicht überraschen. Briand ist bekannt als der große parlamentarische Taktiker, der bisher nur Ministerpräsident geworden ist, wenn die Bildung eines dauerhaften Kabinetts möglich schien, der seine Gegner immer um die Freude gebracht hat, sein Mißtrauen in offener Parlamentsschlacht zu besiegen, weil er stets rechtzeitig aus freiem Entschluß zurücktrat.

Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß Briand sich diesmal seiner Außenpolitik zu Liebe geopfert hat. Der erste Eindruck dieses Kabinetts war in den Wandelgängen des Palais Bourbon so schlecht, daß es wohl kaum den ersten Dezember überlebt hätte, wenn es vorher vor der Kammer erschienen wäre. Die Schwierigkeiten des internationalen Wiederaufbaus haben dahin geführt, daß Deutschland bei der Londoner Unterzeichnung durch seine schon zurücgetretene Regierung vertreten wird, während Frankreich dabei durch eine Regierung vertreten ist, die noch nicht durch ein parlamentarisches Vertrauensvotum bestätigt wurde.

Briand würde sicher die undankbare Rolle des Ministerpräsidenten nach der Londoner Unterzeichnung am liebsten gleich einem andern überlassen, wenn dies möglich wäre. Denn die Dauerhaftigkeit des neuen Kabinetts wird allgemein angezweifelt. Man hört zwar rechts und linke behaupten, dem Kabinett müsse mindestens eine Schonfrist zugebilligt werden, damit es seine Absichten enthüllen kann. Aber solche Schonfrist wurde jedem der letzten Kabinette zugesagt, sogar dem zweiten Ministerium Painlevé, das wirklich totgeboren war.

Immerhin — Briand ist Painlevé zweifellos auf dem Gebiet der parlamentarischen Manöverkunst weit überlegen. Nachdem er die Kabinettsbildung einmal übernehmen mußte, wird er alles daran setzen, um sein Werk mit wahrer Lebenskraft zu begaben. Die ersten Mitteilungen über das Programm des neuen Ministeriums lassen erkennen, auf welchem Wege Briand dieses Ziel zu erreichen hofft.

Im Vordergrund steht, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, plötzlich zur Ueberraschung aller, die bisher das Sanierungsproblem für die große, alles andere zurückdrängende Tagesaufgabe in Frankreich hielten, die Rückkehr zum alten Wahlsystem. Die Voranstellung der Wahlrechtsfrage beleuchtet den wahren Grund der Kartellkrisis, die seit dem unverhofften Wahlsieg der Radikalen und Sozialisten vom Mai vorigen Jahres immer bestand und jetzt einen vermutlich unheilbaren Riß verursacht hat. Die Sozialisten haben, wie alle letzten Wahlen klar bewiesen, in höherem Maße als die Radikalen aus dem Kartellbund Nutzen gezogen, und zwar dank dem Listenwahlsystem, dessen Einführung die alte, auf das Arrondissementssystem berechnete Wahlorganisation der Radikalen wertlos gemacht hat. Die Rückkehr zum alten Wahlrecht war deshalb eine der ersten Forderungen, die von den Radikalen nach dem Kartellsieg geltend gemacht wurde. Aber die Rücksicht auf die sozialistischen Verbündeten, die durchaus am Listenwahlrecht festhalten wollten, gebot immer wieder die Zurückstellung dieser radikalen Forderung.

Man erinnert sich, daß Painlevé vor einem halben Jahre in Grenoble die rasche Rückkehr zum alten Wahlsystem feierlich versprach. Er hoffte, durch dieses Versprechen die Radikalen, die ihm wegen seines Abrückens vom Programm Herriots grollten, zu versöhnen. Die Wahlrechtsfrage wurde indessen wohlweislich nicht aufgerollt, weil sie den Bruch zwischen Radikalen und Sozialisten herbeigeführt hätte.

Heute ist die Lage ganz anders, nachdem die Sozialisten durch ihr Verhalten während der jüngsten Krisis verraten haben, daß ihr Hauptziel die Kammerauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen vor der Rückkehr zum alten Wahlrecht ist. Man scheint hier allgemein davon überzeugt, daß Neuwahlen auf Grund des jetzt noch gültigen

Afghanische Justiz gegen deutschen Gelehrten

Im Auswärtigen Amt ist heute eine Depesche des deutschen Geschäftsträgers in Kabul, der Hauptstadt von Afghanistan, eingetroffen, aus der sich die schwersten Besorgnisse für das Schicksal des dort weilenden deutschen Gelehrten Statil Sauer ergeben.

Sauer ist vom Leipziger Geographischen Institut mit Unterstützung der sächsischen Regierung und industrieller Kreise nach Afghanistan gesandt worden. Dort ist er am 17. November in der Nähe von Kabul von einem Afghanen angegriffen worden, der auf ihn schoß. Sauer antwortete in offentundigem Notwehr mit einem Revolverschuß, durch den der Angreifer zunächst verwundet wurde. Der deutsche Geschäftsträger in Kabul hat damals dem afghanischen Minister des Äußeren diesen Tatbestand sofort mitgeteilt und erklärt, daß er für den Fall einer Anklage gegen Sauer eine Gegenanzeige gegen den Afghanen als Angreifer erstatten werde. Der Afghane ist nun am 30. November gestorben. Es wurde darauf gegen Sauer Anklage erhoben und vom Vorsitzenden des afghanischen Gerichtshofes, der über den Fall entscheiden sollte, hörte man, daß Sauer nach den afghanischen Gesetzen, die von Ausländern gegen Inländer begangene Vergehen sehr hart bestrafe, unvermeidbar zum Tode verurteilt werden würde. Daraufhin ist Sauer sofort im Automobil in der Richtung gegen die indische Grenze geführt, die etwa zwei Tagereisen entfernt ist. Das heute hier eingetroffene Telegramm besagt nun, daß Sauer auf der Flucht gestellt und nach seiner Verhaftung ins Polizeigefängnis nach Kabul gebracht wurde.

Der deutsche Geschäftsträger hat den afghanischen Außenminister bereits auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen, die die Hinrichtung eines deutschen Gelehrten nach sich ziehen müßte. Auch das Berliner Auswärtige Amt hat heute bereits versucht, sich mit dem hiesigen afghanischen Gesandten in Verbindung zu setzen, der gegenwärtig in London weilt.

In der deutschen Oeffentlichkeit wird die Aktion des Auswärtigen Amtes zur Rettung des Gelehrten allgemeine Unterstützung finden. Man muß fordern, daß sich die afghanische Justiz wenigstens den Mindestforderungen anpaßt, die an die Rechtspflege eines zivilisierten Staates gestellt werden müssen.

Der Brief der Mutter

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 2. Dezember

Einer der ergreifendsten Augenblicke der Unterzeichnungsfeierlichkeiten war der, als Briand in seiner zweiten Rede aus dem Gedächtnis einen Brief zitierte, den er von einer Frau aus dem Volke bei dem Zustandekommen des Vertrages von Locarno erhalten habe. Diese Frau schreibt: „Darf die Mutter einer großen Familie Ihnen dafür danken, daß sie jetzt ihre Kinder ohne Furcht betrachten kann, sie nur für den nächsten Krieg groß zu ziehen?"

✱

Ministerpräsident Briand hat heute vormittag die Rückreise von London nach Paris angetreten.

(Siehe auch zweite Seite)

Japans kurzer Prozeß

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

p **Tokio**, 2. Dezember

Die erste proletarische Partei wurde drei Stunden nach ihrer Gründung durch einen Erlaß des Innenministers verboten, weil sie kommunistischen Tendenzen huldigen und gegen das Friedenserhaltungsgesetz verstoßen soll. Es ist die Gründung einer gemäßigten proletarischen Partei beabsichtigt.

0019